

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1904

24.4.1904 (No. 146)

Karlsruher Zeitung.

Sonntag, 24. April.

№ 146.

Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14 (Telephonanschluß Nr. 154), woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Borausbezahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühren eingerechnet, 3 M. 65 Pf.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 25 Pf. Briefe und Gelder frei.
Anberlangte Drucksachen und Korrespondenzen jeder Art, sowie Rezensionsexemplare werden nicht zurückgeschickt und übernimmt die Redaktion dadurch keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung.

1904.

Amtlicher Teil.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben Sich unter dem 21. April d. J. gnädigst bewogen gefunden, dem Altbürgermeister Josef Dser in Steinbach das Verdienstkreuz vom Jähringer Löwen zu verleihen.

Mit Entschliebung Großh. Ministeriums des Innern vom 20. April 1904 wurde dem Zahlmeister Karl Gustav Wähler beim Großh. Gendarmeregiment der Titel und Charakter als Oberzahlmeister verliehen.

Mit Entschliebung Großh. Generaldirektion der Staatseisenbahnen vom 15. April d. J. wurde Betriebssekretär Oscar Heiland in Schwellingen zur Verleihung der Güterexpeditorenstelle nach Mühlader veretzt.

Nicht-Amtlicher Teil.

Falsche Gerüchte.

SRK. Berlin, 22. April.

In längeren oder kürzeren Zwischenräumen tauchen in der ausländischen Presse Hinweise auf die Meerengenfrage auf. Das Neueste war die Behauptung, Rußland erwäge eine Verwendung seiner Schwarzmeer-Flotte im fernem Osten und hoffe, die Durchfahrt dieser Flotte durch Bosporus und Dardanellen werde nirgends ernstlichen Widerstand finden. Es ist aber wenig wahrscheinlich, daß diesem in der Barier Presse ausgestreckten Fühler eine bestimmte Absicht der russischen Regierung entspricht. Die Diplomatie am Goldenen Horn war bisher und ist auch gegenwärtig mit einer Meerengenfrage überhaupt nicht beschäftigt. An dem Entschluß Rußlands, die Schwarzmeer-Flotte für alle Fälle im europäischen Orient zurückzuhalten, dürfte sich auch in neuester Zeit nichts geändert haben. Der „Figaro“ will wissen, daß in Berlin eingegangene Depeschen eine italienisch-österreichische Geschwaderdemonstration in türkischen Gewässern bestimmt ankündigen. Aber an einer irgendwie ernst zu nehmenden Stelle liegen hier solche Nachrichten nicht vor. Der Stand der mazedonischen Reformfrage ist auch durchaus nicht so unbefriedigend, daß an die Anwendung derartiger Druckmittel gedacht werden könnte, und bei der jüngsten mündlichen Erörterung der Orientangelegenheiten zwischen den auswärtigen Ministern Oesterreich-Ungarns und Italiens war mit keinem Wort von gemeinsamen Schiffsbewegungen gegen die Türkei die Rede.

Zur württembergischen Gemeindeform.

Stuttgart, 23. April.

Die Landtagskommission für die Gemeindeform hat jetzt auch den zweiten der Entwürfe, die Bezirksordnung in erster Lesung erledigt. Sie begann die Beratung dieses Entwurfs am 21. März und hat seit dieser Zeit auf die 95 Artikel der Vorlage 11 Sitzungen verwendet. In noch höherem Maße als bei der Gemeindeordnung ist bei der Bezirksordnung der Entwurf der Regierung über die Anfechtungen Sieger geblieben; bei einigen unerwünschten Abweichungen besteht zudem begründete Hoffnung, daß die Kommissionsbeschlüsse nicht das letzte Wort bleiben werden. Veragt hat sich die Kommission insbesondere Anträgen des volksparteilichen Berichterstatters Kiesling, die dem Organ der Amtskörperschaft, der Amts- oder Bezirksversammlung, einen ganz anderen Charakter als bisher zu geben geeignet gewesen wären: der Ausschaltung des Oberamtmanns aus der Bezirksversammlung und der direkten Wahl dieser Versammlung. Letzterer Vorschlag des Berichterstatters hätte — je nachdem — die Bezirksversammlung dem Einfluß der politischen Agitationen unterstellt oder hätte er die Bestätigung seiner Zweckmäßigkeit in der Teilnahmlosigkeit der Wählerschaft erhalten. Daß der Oberamtmann, den Herr Kiesling nur noch als passiven Zuhörer bei den Verhandlungen dulden wollte, den Vorsitz in der Bezirksversammlung führt, ist vor allem eine Forderung praktischer Geschäftsbearbeitung. Der Berichterstatter glaubte dagegen die Unabhängigkeit der Amtsversammlung schützen zu müssen. Die Kommission hatte zu dem steifen Rückgrat der Amts-

versammlungsdeputierten ein besseres Vertrauen. Eine Inkonsequenz war es dann freilich, daß die Kommission im Amtsversammlungsaußschuß nicht gleichfalls dem Oberamtmann den Vorsitz ex officio gab, aber selbst wenn dieser Beschluß Gesetz werden sollte, wird er in der Praxis wohl ganz von selbst eine Korrektur erfahren: der Ausschuß wird aus Gründen der Geschäftserleichterung fast regelmäßig dazu gelangen, den Oberamtmann zum Vorsitzenden zu wählen. — Die Bezirksversammlung besteht vorzugsweise aus Ortsvorstehern und da sie das Wahlorgan für das von dem Entwurf neu geschaffene Institut des Bezirksrats bildet, so war zu gewärtigen, daß auch im Bezirksrat die Ortsvorsteher dominieren werden. Die Kommission hat dem, einem Antrag Kiesling entsprechend, einen Kiegel vorgeschoben, indem sie die zulässige Zahl der Ortsvorsteher im Bezirksrat auf die Hälfte der Mitglieder beschränkte. Der Beschluß, der übrigens nur mit 8 gegen 7 Stimmen zustande kam, ist eine Bevormundung und hat infolgedessen etwas Udemokratisches; wollte man, was unter manchem Gesichtspunkt erwünscht sein konnte, den Bezirksrat nicht ganz mit Ortsvorstehern besetzt haben, so mußte man den Weg beschreiten, daß ein kleinerer Teil des Bezirksrats von der Amtsversammlung nicht aus ihrer Mitte, sondern aus den sonstigen Bezirksangehörigen hätte gewählt werden müssen. Ein dahin zielender Vorschlag des Ministers des Innern hat indes, aus welchen Gründen ich nicht bekannt geworden, nicht den Beifall der Kommission gefunden. Uebrigens darf man doch auch darauf hinweisen, daß mit der periodischen Wahl die Stellung des Ortsvorstehers sich wesentlich ändert; Herr Kiesling scheint zu der einschneidenden Wirkung dieser Aenderung kein großes Vertrauen zu haben, wenn er die seither gegen die „Lebenslänglichen“ genährte Abneigung zum Voraus auch auf die „Periodischen“ überträgt. Abgelehnt wurde von der Kommission ein Antrag Kiesling, der für die Verhandlungen des Bezirksrats in allen Fällen mündliche Verhandlung mit Ladung der Beteiligten vorschreiben wollte; der Antrag hätte in den Bezirksrat einen prozessualen Formalismus eingeführt, der der Abwicklung der Geschäfte höchst nachteilig hätte werden müssen. Die Kompetenz des Bezirksrats, die der Entwurf mehr nur im allgemeinen umschrieben hatte, während er die Einzelbestimmungen dem Verwaltungsweg überlassen wollte, glaubte die Kommission vorzuziehen im Gesetz selbst festlegen zu sollen. Eine Erweiterung der Kompetenz über den in den Motiven vorgeschlagenen Rahmen hinaus hat, soweit sich nach den veröffentlichten Berichten beurteilen läßt, nicht stattgefunden. — Versuche, bei dieser Neuordnung der Bezirksverwaltung einen Teil der Kosten dem Staat aufzubürden, sind mehrfach abgelehnt worden, dagegen soll nach dem Willen der Kommission für die Mitwirkung des Bezirksrats in staatlichen Angelegenheiten der Staat die Kosten tragen; eine Abscheidung wird da nicht immer leicht sein.

Das Flottengesetz vom Jahre 1900 im Lichte des Jahres 1904

II. (Schluß.)

Es kommt ferner in Betracht, daß wir unter den Geschwadern, die wir in Rechnung stellen müssen, auch noch Schiffe mit einzählen, die als vollwertig nicht mehr angesehen werden können. Es ist, möchte ich sagen, geradezu rührend, wie unser Reichsmarineminister bemüht war, aus minderwertigen Schiffen wenigstens einigermaßen brauchbare zu machen. Wir rechnen unter unserer Flotte auch ein Geschwader von 8 Küstenpanzern. Diese Küstenpanzer sind „vorgeschußt“ worden, um sie noch einigermaßen als moderne Kriegsschiffe ansehen zu können. Diese 8 Küstenpanzer, die wir als Schlachtgeschwader verwenden müssen, zählen aber zusammen nur so viel Tonnen Displacement, als allein zwei große Linienschiffe der anderen Staaten aufweisen. In den Geschwadern läuft außerdem beispielsweise noch bis 1906 ein Schiff — es ist die „Oldenburg“ — das durchaus veraltet ist. Also, der Rot gehorchend, nicht dem eigenen Triebe, wenn ich so sagen darf, hat damals die Reichsmarinerverwaltung die alten Schiffe eingestell. Einen Teil von ihnen, die Küstenpanzer, scheiden aber erst aus dem deutschen Schlachtflottengeschwader vom Jahre 1912 bis 1914 aus.

Ferner kommen bei der Bemessung einer Kriegsflotte auch volkswirtschaftliche Interessen in Betracht, und auch da ist das Ergebnis für uns nicht günstig. Wir haben die zweitgrößte Handelsflotte der Welt, und haben erst die fünftgrößte Kriegsflotte der Welt. Das ist doch eigentlich ein recht großes Mißverhältnis. Deutschland exportiert in jedem Jahre — oder im letzten Jahre, wollen wir einmal sagen — für 11 Milliarden Werte, und von diesen 11 Milliarden gehen 5 Milliarden über See. Daraus mögen Sie entnehmen, welche großen Werte

(Mit drei Beilagen.)

auch für Deutschland in dieser Beziehung in Betracht kommen. Außerdem sind über 6 Milliarden deutsches Geld in den Kolonien und im Auslande angelegt.

Nun werden Sie sagen: ja, etwas Ähnliches ist uns ja schon seit Jahren geläufig; in Broschüren, in Zeitungen wird darauf hingewiesen; es ist uns vielleicht in dieser knappen Form noch nicht vorgelegt worden — wir fragen aber jetzt: was soll da nun geschehen, um das zu erreichen, was das Präsidium in Sachen einer Flottenvermehrung für unbedingt nötig hält?

Da geht nun nach genauer und sehr vorsichtiger und sehr nüchterner Prüfung die Auffassung des Präsidiums dahin, daß wir darauf dringen müssen, möglichst bald, als äußerste Grenze aber, wenn es irgend angängig ist, bis 1913, ein drittes Doppelgeschwader jeftlar zur Verfügung zu haben. Wir schlagen, um dieses Ziel zu erreichen, vor: daß das Bauteil bei den Vermehrungs- und Ersatzbauten, das nach dem Flottengesetz in nächster Zeit verlangsamt werden sollte, beibehalten, ja verstärkt wird, und zwar in folgender Weise:

An Linienschiffen sind seit 1901 jährlich 2 auf Stapel gelegt worden. 1910, 1911 und 1912 und von 1914—16 soll jährlich der Bau nur je eines Linienschiffes begonnen werden. Da die Schaffung eines 3. Doppelgeschwaders jedoch, wie eben erwähnt, als eine unabweisbare Notwendigkeit erscheint, wird der Bau von Linienschiffen dementsprechend derart zu beschleunigen sein, daß unter vorläufigem Verzicht auf Materialreserve drei moderne Doppelgeschwader etwa zum Jahre 1912 gebildet werden können. Zu diesem Zeitpunkt wird bei jezt bereits beginnender, allmählicher Verstärkung des Personals der Marine die Besetzung der 16 neuen Schiffe mit geübten Chargen und Mannschaften tatsächlich ausführbar sein.

Welche Zahl großer und kleiner Kreuzer jedem Geschwader zuzuteilen sein wird, ist eine nur von dem Fachmann zu beurteilende Frage. Daß aber neben der Schaffung von Aufklärungsgruppen auch die Ausgestaltung unserer Auslandsflotte vorzuziehen und daß die deutsche Flagge im Interesse unseres Handels wie unserer Machtstellung im Auslande mehr wie in den letzten Jahren gezeigt werden muß, kann ernstlich nicht bestritten werden. Allein schon eine stärkere Besetzung der südwestafrikanischen Station hätte wahrscheinlich die rasche und große Ausdehnung des Hereroaufstandes verhindern können, der jezt so blutige Opfer von uns erheischt!

Große Kreuzer wurden seither jährlich 1 gebaut; von 1906 bis 1909 und ebenso 1917 soll keiner auf Stapel gelegt werden. Von kleinen Kreuzern wurden seither jährlich 3 auf Stapel gelegt; von 1908 ab sollen nur 2, 1917 sogar nur 1 Kreuzer gebaut werden. Auch bei den Kreuzern wird also das seitherige Bauteil nicht nur beibehalten, sondern beschleunigt werden müssen.

Unsere Ueberzeugung von der Unzulänglichkeit des Flottengesetzes und der Möglichkeit des soeben vorgeschlagenen Weges hat sich gebildet auf Grund gewissenhafter, sachlicher Würdigung aller in Betracht kommenden Momente und Faktoren. Das betrifft auch die Durchführbarkeit des vorgeschlagenen Planes nach Leistungsfähigkeit unserer Werften.

Es muß aber eine Frage gleich hier angeschnitten werden, die von den Flottengegnern natürlich zuerst berührt wird, das ist die finanzielle Frage. Es ist nicht die Aufgabe des Deutschen Flottenvereins, zu dieser Frage irgend wie im einzelnen Stellung zu nehmen, aber wir können mit gutem Gewissen darauf hinweisen, daß von allen großen Völkern Deutschland verhältnismäßig am wenigsten Opfer bringt für seine Wehrmacht, und wir können den Leuten, die uns mit den bekannten Redensarten kommen und sich hinter den Sädel betrieblen wollen, sagen, wir wollen lieber freiwillig im Frieden ein paar hundert Millionen geben, als daß uns nach einem unglücklichen Kriege Milliarden vom Feinde abgezwungen werden. (Allgemeines Bravo!) Wir können ferner darauf hinweisen, daß das alte Deutsche Reich mit zugrunde gegangen ist, weil die Sorge für eine kleinliche Sparsamkeit im Vordergrund gestanden hat. Wir können auch ferner darauf hinweisen, daß diese sogenannten nüchternen Erwägungen, die bei dieser Gelegenheit stets hineingeworfen werden, eigentlich gar keine nüchternen Erwägungen sind. Wir stellen nüchternere Erwägungen an, denn wir können sagen: wodurch ist der Weltfrieden bis jezt miterhalten worden? Durch die mächtige deutsche Armee, und die Kosten, die dafür aufgebracht werden mußten, haben sich bezahlt gemacht, sie haben uns den Frieden erhalten. Ebenso können wir sagen, wir wollen mit einer starken deutschen Flotte von ganz nüchternen praktischen Gesichtspunkten aus dazu beitragen, den Frieden zu erhalten. Das ist wichtiger als die sogenannten nüchternen Erwägungen, die man in schönen Friedensreden oder in parlamentarischen Diskussionen immer einflechten läßt. Ferner wird uns vorgeworfen werden, ihr treibt ja hier Politik und, meine Herren, da wollen wir antworten: nein, ihr treibt Politik in Dingen, wo sie gar nicht hingehört. Der Deutsche Flottenverein, wie Freiherr v. Birkburg im vorigen Jahre in der Landesversammlung der bayerischen Flottenvereine hervorgehoben hat, will gerade die Parteipolitik aus den Fragen über die Wehrkraft Deutschlands herausbringen. Wir wollen also gerade die Politik zum Gegenstand der Parteipolitik zu machen? Also, meine Herren, darauf muß unser Bestreben gehen, und wenn wir das erreichen, erweisen wir unserem deutschen Vaterlande einen großen Dienst. (Sehr richtig! Lebhaftes Bravo!) Meine Herren! Zu den Finanzfragen möchte ich noch eins hinzufügen. Das Deutsche Volk muß in diesen Dingen verfahren wie ein guter Hausvater. Wenn es einem guten Hausvater noch so schlecht geht, seine Lebensversicherungspolice läßt er nicht verfallen, und für Deutschland ist unsere Lebensversicherungspolice unser Meer und unsere Flotte. (Bravo!) Meine Herren! Wir leben in ernsten Zeiten, und ich weiß dem, was ich hier vorzutragen

die Ehre hatte, keinen besseren Schluß zu geben, als indem ich die Worte anführe:

Michel, hoch der Seewind pfeift,
Auf und spitz die Ohren!
Wer nicht jetzt zum Ruder greift
Hat das Spiel verloren.

Feuilleton: Reichstag.

(Ergänzung des telegraphischen Berichts.)

* Berlin, 22. April.

Abg. Müller-Sagan (Freis. Vp.) bittet, dem von Rahig eingebrachten Antrage (Gehaltsverbesserungen für Beamte der oberen Reichsbehörde) zuzustimmen und die vorliegenden Petitionen zur Berücksichtigung zu überweisen. Der Antrag wird angenommen.

Hierauf wird der Etat des Rechnungshofes, sowie die Forderung des Postetats von 300 000 M. für die Verstellung der Telegraphenlinie in Deutschafrika von Tabora nach Muanta debattelos bewilligt.

Bei Beratung des Etats der Schutzgebiete wird der Etat für Ostafrika debattelos erledigt.

Bei dem Etat für Kamerun erklärt Kolonialdirektor Stübel gegenüber den Ausführungen v. Arnims, daß der Zoll auf Spirituosen ab 1. Februar von 60 auf 75 Pf. erhöht sei. Abg. Dasbach (Zentr.) tritt für grundsätzliches Einfuhrverbot für Spirituosen ein.

Bei dem Etat für Togo wendet sich v. Arnim gegen den Gebrauch der englischen Sprache in den Schulen.

Kolonialdirektor Stübel erwidert, ab 1. Januar sei der englische Unterricht in den Missionsschulen verboten.

Auf Antrag des Prinzen v. Arenberg (Zentr.) wird die Beratung des Nachtragsetats für Südwestafrika mit der Beratung des Etats für Südwestafrika verbunden.

Abg. Rebel (Soz.) eruchtet den Kolonialdirektor um Beantwortung der von ihm in der ersten Lesung gestellten Fragen, davon werde seine Stellungnahme abhängen.

Abg. v. Nischhofen-Damsdorf (Deutschf.) erklärt, seine Partei werde alle Forderungen zur Niederwerfung der Hereros bewilligen.

Nach Schluß der allgemeinen Besprechung äußert sich Abg. Lattmann (Deutschf.) über die Caprivische Politik. (Redner wird vom Präsidenten gefragt, zu welcher Position er spreche. Da sich herausstellt, daß sich der Abgeordnete nicht zu der zur Beratung stehenden Position gemeldet hat, muß er seine Rede unterbrechen.)

Zu Abschnitt „Reservefonds“ liegt ein Antrag Arendt vor, entgegen der Kommissionsfassung die Regierungsvorlage wiederherzustellen, mit der Abänderung, daß aus dem Reservefonds nicht nur die notwendigen, sondern auch unvorhergesehene Mehrausgaben zu decken sind.

Abg. Südekum (Soz.) befürwortet die Kommissionsfassung, desgleichen Prinz v. Arenberg und Lebebour, Raasche dagegen schließt sich dem Antrag Arendt an.

Legationsrat Seib hält es nicht für angebracht, jetzt den Reservefonds zu ändern, da der Rechnungshof und der Reichstag in der Lage seien, die Leberfälschungen bei den einzelnen Titeln nachzuprüfen.

Schließlich wird die Regierungsvorlage bezüglich des Reservefonds hergestellt.

Bei Beratung der zweiten Ergänzung des Haushaltsetats für die Schutzgebiete beschwert sich Abg. Dieberstein (Deutschf.), daß bei dem Ankauf von Pferden für die Expedition nach Südwestafrika den Händlern ein verhältnismäßig hoher Gewinn zugewendet wurde.

Abg. Stauby (konf.) führt aus, daß man geeignete Pferde für die Expedition in ausreichender Zahl auch im Inlande gefunden hätte.

Abg. Dieberstein und Liebermann v. Sonnenberg, heben hervor, die Regierung habe namentlich von jüdischen Händlern gekauft.

Abg. Müller-Sagan (Freis. Vpt.) meint, auch die christlichen Händler hätten ihren Vorteil zu wahren gewußt.

Zur Forderung von 2 Millionen zur Gewährung von Entschädigungen für Verluste des Eingeborenenaufstandes liegt ein Antrag Stauby vor, die 2 Millionen zu Darlehen an geschädigte oder hilfsbedürftige Personen zu verwenden.

Kolonialdirektor Stübel bittet dem Antrag Folge zu geben, da die Fassung der Kommission keine glückliche sei.

Abg. Raasche (natl.) meint, wenn den Geschädigten nur ein Darlehen gewährt werde, werde das Vertrauen zur Regierung schwinden.

Abg. Bayer (S. Vpt.) meint, es wäre korrekter, jetzt nur mit einem Darlehen vorzugehen, später werde noch Gelegenheit sein, bezüglich der Entschädigungen den Leuten entgegenzukommen.

Abg. Arnim (Freisf.) wirft dem Vorredner vor, daß er von den afrikanischen Verhältnissen keine Ahnung habe.

Abg. Gröber (Zentr.) hebt hervor, es sei Pflicht des Reichstages, in einer Zeit chronischer Defizits darauf zu sehen, daß nichts unnützig ausgegeben werde, und bittet, die Kommissionsfassung anzunehmen.

Abg. Arendt (Freisf.) meint, Ausführungen über Sparfamkeit, da es sich beim Antrag Stauby um dieselbe Summe handle, seien unangebracht, nur die Verwendungsmöglichkeit sei eine andere, er schlägt vor, den Antrag Stauby in der Fassung anzunehmen, daß es heißt: „Personen, welche geschädigt worden — und — hilfsbedürftig geworden sind“.

Abg. Bayer weist den Vorwurf v. Arnims zurück.

Abg. Lebebour (Soz.) führt aus, nach den Berechnungen des Kolonialdirektors Dr. Stübel handle es sich um 200 Anfelder, jedoch auf den Kopf 10 000 Mark entfielen.

Kolonialdirektor Dr. Stübel führt aus, für die Entschädigungen kommen 526 Personen in Betracht. Nach der Liste für die Ermordeten und Vermissten wurden 84 Personen, darunter 4 Frauen ermordet, ferner als Nichtmilitärs 31. Dazu kommen 15 Vermisste, also sind an 130 Personen dem Aufstande zum Opfer gefallen. Der Schlusssatz Stauby wird abgelehnt und der Kommissionsantrag angenommen.

Morgen Weiterberatung: Rest der heutigen Tagesordnung, Reblausgesetz usw. Schluß 6 Uhr 30 Minuten.

(Telegraphischer Bericht.)

* Berlin, 23. April.

Präsident Graf Ballestrem eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 20 Minuten.

Vor Eintritt in die Tagesordnung nimmt der Kriegsminister Gelegenheit, die gestrigen gegen die Militärverwaltung gerichteten Vorwürfe über Pferdeverkäufe für Südwestafrika zurückzuweisen. Es sei allerdings richtig, daß Pferde von Händlern gekauft worden seien, und daß vor den Einkäufen die Händler im Lande herum gereist seien, aber diese Ankäufe der Händler erfolgten auf eigenes Risiko. Daß die Spekulation geblüht sei, sei darauf zurückzuführen, daß die Vorsitzenden der Remonte-Kommissionen nicht sicher waren, ob die Ankäufe brauchbarer Pferde bei

den Produzenten bewirkt werden könnten. Wenn weitere Ankäufe bevorstehen, sollen die Händler möglichst ausgeschlossen werden.

Bei Beratung des Etats für die Schutzgebiete wurden diejenigen für Neuguinea, die Karolinen, Palao- und Mariannen-Inseln debattelos bewilligt.

Beim Etat für Samoa erklärt Kolonialdirektor Stübel auf eine Beschwerde des Abg. Eichhoff gegen den Gouverneur Solf: Die Prüfung der Beschwerde ergab, daß Solf keine Schuld treffe. Solf sei ein Mann, der das wirtschaftliche Wohl und die wirtschaftliche Entwicklung im Auge habe. In der Eingeborenenangelegenheit habe er zweifellos mit Geschick verstanden, Ruhe und Ordnung im Lande aufrecht zu erhalten.

Der russisch-japanische Krieg.

(Telegramme.)

Vom Kriegsschauplatz.

* St. Petersburg, 23. April. Ein Telegramm des Statthalters Alexejew an Seine Majestät den Kaiser vom 22. April aus Port Arthur lautet: Bei der Anlage einer Minenbatterie durch Dampfschaluppen kamen durch vorzeitige Explosion unter dem Hinterteil einer Schaluppe Leutnant Peter Fell und 20 Mann um.

* Paris, 23. April. „Echo de Paris“ meldet aus St. Petersburg, daß die Nachricht Alexejews, der Schiffsleutnant Peter Fell sei mit 20 Matrosen beim Minenlegen infolge Explosion einer Mine getötet worden, mancherlei Zweifeln begegne. Man glaube vielmehr, daß Peter Fell beauftragt gewesen war, nach Unterjemenin zu suchen, und daß seine Dampfschaluppe hierbei auf eine japanische Mine gestoßen sei.

* Shanghai, 22. April. Gestern wurde 30 Meilen südwestlich der Chiffordinseln eine zwölf Schiffe starke japanische Flotte gesichtet, welche keine Lichter gesetzt hatte, und langsam nordwärts fuhr.

Die Lage in Korea.

* Seoul, 22. April. Am 16. April verlief eine zweite japanische Armee Japan, ihr wahrscheinliches Ziel ist Port Arthur. Andere Truppen werden an der Mandchurische Küste bei Takusan oder Tatungtau gelandet und ein Teil des allgemeinen Vorstoßes gegen Liaujan übernehmen. 16 000 Mann der Gardebrigade unter General Inouye werden der erste Truppenkörper sein, der gegen die Russen gefandt wird. Künftig sollen Kiuhientcheng und Widschu die japanische Basis in Korea bilden.

* St. Petersburg, 22. April. Ein Telegramm des Statthalters Alexejew von gestern lautet: Eine Reihe von Refognoszierungen am Jalu haben ergeben, daß die Japaner nördlich von Widschu bedeutende Streitkräfte bei Divissi zusammengezogen sowie begonnen haben, ihre Truppen in Widschu zu vereinigen, die dortige koreanische Bevölkerung wurde gezwungen, die Stadt zu räumen. Auf der rechten Flanke führten unsere Freiwilligen mehrere Tage lang eine kühne Refognoszierung des linken Jaluufers aus. Durch dieselbe wurde festgestellt, daß südlich von Bomahulsh wenig Truppen stehen, die Japaner dort aber mit der Herstellung von Booten beschäftigt sind. Ein aus zwei Offizieren und 32 Mann bestehendes russisches Kommando begab sich in drei Booten dorthin, wurde aber bemerkt und verlor in einem Gefecht drei Schützen; schwerverwundet wurden Stabskapitän Smeigin und 11 Schützen; Leutnant Ruchkin und vier Schützen wurden leicht verwundet. Unter der Deckung des Feuers zweier unserer Geschütze kehrte das Kommando auf unser Ufer zurück.

* St. Petersburg, 23. April. Die „Nowosti“ schreiben: Die Möglichkeit einer Intervention in dem russisch-japanischen Konflikt seitens Englands und dazu aus dessen eigener Initiative sei sehr erfreulich; eine freundschaftliche Intervention Englands im geeigneten Augenblicke werde mit einem Schläge eine Reihe von Streitpunkten hinsichtlich der Befriedigung der legalen Ansprüche Rußlands im fernsten Osten beseitigen. Außerdem werde eine solche Intervention England aus der in jeder Beziehung unbequemen Lage ziehen, der Verbündete eines Volkes zu sein, in welchem die gelbe Gefahr verpörrert erscheint, die allen europäischen Völkern droht.

* Tokio, 23. April. Die Mitglieder der Fortschrittspartei, die den dritten Teil der Mandate des Abgeordnetenhauses besitzt und im allgemeinen dem Kabinett Katsura feindlich gegenübersteht, hielten heute hier eine Versammlung ab. In derselben hielt Graf Okuma eine Rede, worin er dem japanischen Volke die Notwendigkeit vor Augen hielt, sich auf die Intervention irgend einer europäischen Macht während des Krieges und außerdem auf große Vermehrung der nationalen Ausgaben nach dem Kriege gefaßt zu machen. Er erklärte, es werde notwendig sein, nach dem Kriege eine Anleihe von mindestens fünfshundert Millionen Yen aufzunehmen. M. Samsjoiski, Führer der Fortschrittspartei, gab der Ansicht Ausdruck, daß keine Macht Japans Uebergewicht in Ostasien willkommen heißen, viele Mächte dagegen zu allen Mitteln ihre Zuflucht nehmen würden, um die Ausdehnung des japanischen Einflusses einzuschränken. Redner tadelt dann die auswärtige Politik Japans und erklärt, daß von der Regierung ausgegebene Weisbücher geteilt deutlich die großen Rußland angebotenen Zugeständnisse. Es wäre ein nationales Unglück für Japan gewesen, wenn Rußland die ihm angebotenen milden Bedingungen angenommen hätte.

Stand der Saaten im Großherzogtum.

Mitte April 1904.

Mitgeteilt vom Großh. Statistischen Landesamt.

Die Herbstsaaten sind, mit Ausnahme des südöstlichen Landes, teils gut in den Winter übergegangen.

Der nach reichlichen atmosphärischen Niederschlägen im Dezember sich plötzlich einstellende starke Frost, hatte hinsichtlich der Saaten, wegen des Mangels einer schützenden Schneedecke, vielfach zu Befürchtungen Veranlassung gegeben. Auch die Fröste im Januar, sowie die mitunter bedeutenden Temperaturschwankungen, teils mit, teils ohne Niederschläge im Februar und März waren nicht geeignet, günstigen Hoffnungen Raum zu gewähren. Nach den vorliegenden Berichten hat in dessen der Stand der Saaten gegenüber demjenigen des letzten Berichtsmontats, d. i. im November v. J., wenig oder keine Veränderungen erlitten. Die Auswinterung, insbesondere in den südlich gelegenen Lagen, sowie im Reichfeld, dürften sich, soweit eine Feststellung bis jetzt möglich ist, in denselben Grenzen bewegen, wie in früheren Jahren.

Die Kälteperiode, die in dem südöstlichen Landesteil, vornehmlich im Seckreis, im Spätherbst einen bedeutlichen Umfang angenommen und sowohl Getreide, als auch Futtergewächse stark geschädigt hatte, ist infolge der reichlichen atmosphärischen Niederschläge fast gänzlich verschwunden, so daß der Stand der Saaten, einschließlich der Weiden, jedoch ausschließlich des Klee, der vielfach Rücken aufweist, als ein nahezu guter bzw. guter bezeichnet werden kann.

Die Bestellung der Frühjahrssaaten ist durch Kälte und Nässe vielfach verzögert worden. Die sowohl in der Ebene, als auch im Hügeland früh gesäten und aufgelaufenen Saaten stehen gleichmäßig und lassen nach den Berichten, von vereinzelten Fällen abgesehen, kaum etwas zu wünschen übrig.

Nach der Stufenfolge einer Nr. 1 sehr guten, Nr. 2 guten, Nr. 3 mittleren (durchschnittlichen), Nr. 4 geringen, Nr. 5 sehr geringen Ernte, berechnigt der Stand der Saaten Mitte April bei Winterweizen zu 2,3 (dagegen im April 1903 2,6), Winterpelz 2,2 (2,6), Winterroggen 2,1 (2,5), Winterweizen und Roggen im Gemenge 2,2 (2,5), Winterpelz und Roggen 2,1 (2,5), Klee 2,4 (2,6), Luzerne 2,2 (2,6), Weiden 2,2 (2,3).

Großherzogtum Baden.

Karlsruhe, 23. April.

Ihre königlichen Hoheiten der Großherzog und die Großherzogin sind am Abend des 18. d. Mts. in Genf eingetroffen und den folgenden Tag daselbst geblieben. Höchstselben besuchten mittags den achtundachtzigjährigen Philosophen Ernest Raville und nahmen bei ihm das Frühstück. Am Nachmittag empfing Ihre königliche Hoheit die Großherzogin die Mitglieder des Zentral-Komitees der Internationalen Gesellschaft vom Roten Kreuz Ador und Favre. Abends erfolgte die Weiterfahrt nach Dudy, woselbst Ihre königlichen Hoheiten, vom Wetter begünstigt, in Ruhe die letzte Woche zugebracht haben.

** Auf Grund der im April l. J. abgehaltenen Prüfung sind folgende Aspiranten als Justizaktare aufgenommen worden:

Hermann Adam aus Durlach, Heinrich Altmann aus Ladenburg, Johann Wanger aus Ladenburg, Ludwig Belzner aus Wimpfen, Adrian Bender aus Bruchsal, Otto Wischler aus Offenburg, Karl Laupin aus Forstheim, Wilhelm Erb aus Weisweil, Franz Eiserl aus Urloffen, Karl Erbacher aus Freiburg, Friedrich Erhardt aus Karlsruhe, Theodor Fikner aus Säckingen, Wilhelm Frei aus Ladenburg, Hermann Gehrig aus Nuchon, Konrad Geiger aus Siebbrach, Oskar Göppert aus Basel, Franz Gösmann aus Karlsruhe, Josef Grein aus Mauenberg, Stanislaus Hed aus Randengingen, Franz Heib aus Seidelberg, Josef Hog aus Ettenheim, Heinrich Huber aus Bretten, Marzel Kaminski aus Thiengen, Karl Kammerer aus Offenburg, Leo Karle aus Lohmooß, Karl Kellermann aus Bückeburg, Philipp Klein aus Medesheim, Josef Klotz aus Handshühshaus, Max Knupper aus Sigmaringen, Ernst Koch aus Eberbach, August Kötter aus Sinshaus, Karl Kopp aus Forstheim, Georg Krämer aus Feudenheim, Hermann Meßger aus Freiburg, Fridolin Reinhard aus Eschbach, Karl Reinmuth aus Gemmingen, Johann Rüdert aus Hlasterhausen, Edmund Schaubed aus Sinshaus, Wilhelm Schill aus Lahr, Anton Schneider aus Büding, Theodor Schneider aus Büding, Wilhelm Schönhalz aus Bruchsal, Karl Trill aus Ladenburg, Wilhelm Wagner aus Gernsbach, Karl Wolf aus Bilstertal.

— (Großherzogliches Hoftheater.) Unsere Nachbarbühne in Mannheim gab gestern ein Gesamtgastspiel ihres Operpersonals unter der tüchtigen Leitung des Herrn Hofkapellmeisters Langer. Bei dieser Gelegenheit vermittelten die werten Gäste uns die Bekanntschaft mit Leo Dieck's neuester Oper „Alpenkönig und Menschenfeind“, welche bereits im Oktober vorigen Jahres am Hoftheater in Dresden unter Ernst von Schuch's Leitung, bei einer trefflichen Besetzung der beiden Hauptpartien durch die berühmten Baritone Perron und Scheidemantel einen durchschlagenden Erfolg errungen hat. Das Libretto des Wertes ist von Dr. Richard Vatta (dem Verfasser des Textbuches zu Blech's hübscher Dorfkomödie „Das war ich“) aus Raimunds Volksmärchenstoff entnommen, und mit außerordentlicher Gewandtheit bearbeitet. Die Komposition des Stoffes hinterläßt im Gesamtüberblick den Eindruck eines Wertes modernster Richtung. Die Instrumentation ist glänzend, und mit allem Raffinement ausgerüstet. Die Begleitungsaufgabe des Orchesters erinnert manchmal stark an die „Meisterfingern“, und auch verschiedene verwandte Klänge und harmonische Anleihen vom „Ring“ lassen über die Schule des Komponisten nicht im unklaren. Einen ganz besonders günstigen Griff hat Blech darin getan, daß er die Klarheit der Melodieführung und die Wirkung ihrer Reize nicht außer acht gelassen hat. Ungemein herzlich und gemüthvoll berühren die zahlreich reizen Volksmelodien, welche das Stück mit dem erfrischenden Hauch der Volksmüthlichkeit durchziehen, wie erweisen das liebliche Rändlerduo in F-dur im 8. Akt „Schön sind Rosen und Jasmin“, und das wunderschön modulierte Duett von Blech und Habatut, das ausströmendes Verlangen wiederholt wer-

den mußte. Die Schilberung der Tischlerfamilie im zweiten Akt umfaßt ein getreues Bild des Volkslebens in echter, feinsten Ausgestaltung. In ganz trefflich gelungenen humorvollen Szenen entrollt sich hier ein Familienbild in sonniger Beleuchtung, ein Bühnenspektakel von prächtiger Wirkung. Die dazu geschriebene derbe Volks-Musik ist ein Meisterstück feiner musikalischer Charakterisierungsfähigkeit. Die Monologe der beiden Titelfiguren dürften an Größe und Feinheit der Details ihresgleichen zu suchen haben. — Die Aufführung war vorzüglich. Dies wurde auch im Publikum völlig anerkannt, u. die Darsteller, die Herren: Hoffmann (Albentönig), Kromer (Rappeltopf), Marx (Tischler), Sieber (Sabatuf), Bernhart (Sams), sowie die Damen: Schöne (letzte brillierte als Marthe mit außergewöhnlich schöner Stimme), Kofler (Sabine), Brandes (Riese), Detsch (Katharine) und Mattner (Susel) nebst Herrn Hofkapellmeister Lauger für mich vor die Rampen gebühert. — Auch das Orchester verdient volle Anerkennung.

Abonnement auf die Stadtgarten- und Festhallekonzerte. Beim Beginn der Sommerferien sei erneut auf das für Stadtgarten- und Festhallekonzerte eingeführte Abonnement hingewiesen. Dasselbe erstreckt sich auf die Sonntags- und Festtagskonzerte und hat unbegrenzte Gültigkeitsdauer, ist jedoch nur für die Abonnenten des Stadtgartens bestimmt. Ein Abonnementartenheft umfaßt 25 Einzelkarten und kostet für Erwachsene 5 M. und für Kinder 2 M. 50 Pf.; demnach beträgt der Eintrittspreis für ein einzelnes Konzert für Erwachsene 20 Pf., für Kinder 10 Pf. Die Karten bieten den Stadtgartenabonnenten die Annehmlichkeit und den Vorteil, daß die letzteren bei Konzerten des jeweiligen Jahres besonderer Musikarten am Stadtgartenkonzert — was bei großem Andrang oft recht lästig empfunden wurde — entbunden werden. Die Musikabonnements berechtigen zu allen Konzerten, sowohl der hiesigen als auswärtigen Kapellen und Musikgesellschaften, sofern der Musikabonnementspreis nicht höher ist als 30 Pf. für die Person, was selten eintritt. Damit eine mißbräuchliche Benützung der Konzertabonnementsarten durch Nichtstadtgartenabonnenten verhindert wird, sind die Inhaber solcher Karten verpflichtet, beim Besuch von Konzerten die Stadtgartenjahreskarte dem Kontrollpersonal vorzuzeigen.

Gundenausstellung. Die von dem unter dem Protektorat Ihrer königlichen Hoheiten des Großherzogs und der Großherzogin stehenden ersten Karlsruher Synologen in der städtischen Ausstellungshalle (Stadtgartenbühnen) veranstaltete „Internationale Ausstellung von Hunden aller Rassen“ ist heute vormittag um 9 Uhr eröffnet worden und hat sich bereits eines guten Besuches zu erfreuen gehabt. Es ist wohl die reichhaltigste und interessanteste Gundenausstellung, die wir bisher in Karlsruhe gesehen haben. Seltener wird man Gelegenheit haben, die überaus große Zahl der verschiedenartigsten Hundrassen so vollständig beisammen zu finden. Der gut orientierende Katalog weist gegen 500 Nummern auf. Die mächtigen Bernhardiner und Neufundländer, die schlanken russischen Windhunde, die kräftigen Doggen, die klugen Schäfer- und Jagdhunde aller Art, die dreistigen postleilenden Dadel, die gelehrigen Pudel, die verschiedensten Terrier, Boxer, Pinscher bis hinab zu den zierlichsten, winzigen Schöpfungchen sehen wir hier in einer Reichhaltigkeit vereint, die den Hundeliebhaber voll und ganz befriedigen wird, und der Tätigkeit des veranstaltenden Klubs alle Ehre macht. Die vielen ausgegebenen Geld- und Ehrenpreise, Medaillen und Diplome haben eine starke Anziehungskraft ausgeübt und auch vom Auslande ist die Ausstellung zahlreich besucht worden. Wir erwähnen noch, daß der Gabentempel mit den Ehrenpreisen in der Ausstellungshalle aufgestellt ist. Auch sind von den Firmen: „Prakti-Berlin“ (Zuttermittel, Arzneien und Anstrichgegenstände), „K. v. Paris“ (Strasburg (Heil- und Desinfektionsapparate und Präparate), „Eduard Müller“ (Karlsruhe) (Gebrauchsgegenstände für sämtliche Hundrassen) Sonderausstellungen in der Halle veranstaltet worden. Den Ausstellungsvorstand bildet der Gesamtverband des ersten Karlsruher Synologenklubs, die Leitung der Ausstellung liegt in den Händen der Herren Peter v. Chruschoff, Philipp Häfner, K. A. Fuchs, A. Weicher, E. Kiefer und Stabsveterinär Weismar. Die Ausstellung bleibt bis Montag, den 25. d. M., 4 Uhr nachmittags, geöffnet. Morgen, Sonntag, abends 6 Uhr, findet im Rondell der Ausstellung die Verteilung der Ehrenpreise statt.

Der Ortsgesundheitsrat hat in seiner Sitzung vom 18. d. M. die Gesetzesvorlage über die Abänderung des Polizeistrafgesetzbuches, soweit sie die Bekämpfung der Kurpfuscherei bezweckt, einer Beratung unterzogen. Er begrüßt die in Aussicht genommenen Strafverschärfungen gegen täuschende Angaben und prahlerische Versprechungen, sowie gegen die Inanspruchnahme der Fernbehandlung in öffentlichen Anpreisungen und Ankündigungen (§ 82) als unbedenklich und wirksam. Bezüglich der Ausübung der Heilkunde sollte sich nach Meinung des Ortsgesundheitsrats das Gesetz darauf beschränken, eine Verpflichtung zur Anmeldung des Gewerbebetriebs vor dessen Beginn und zur Führung von Tage- oder Geschäftsbüchern auch für die Kurpfuscherei zu begründen. Dagegen hat der Ortsgesundheitsrat grundsätzliche, rechtliche und praktische Bedenken gegen die Schaffung eines Wammetages, wonach auch gewisse Heilmittel polizeilich verboten werden können. Andererseits sollte die Fernbehandlung allgemein verboten und den Kurpfuschern auch die Pflicht zur Anzeige anstehender Krankheiten auferlegt werden. Der Stadtrat stimmt dem zu und bittet die Abgeordneten der Stadt, bei Beratung des Gesetzesentwurfs in diesem Sinne zu wirken.

Feuerbestattung. Nachdem die Staatsgenehmigung zu dem neuen, die Feuerbestattung umfassenden Ortsstatut über das Bestattungswesen erteilt ist, ist das Ortsstatut vom Stadtrat mit Wirkung vom 21. d. M. an in Kraft gesetzt worden. Das Krematorium kann nunmehr benützt werden.

Kolloseum. Mit der gegenwärtigen Vorstellungsserie, die mit dem 30. April abschließt, geht auch die diesjährige Kolloseumsaison zu Ende, in der sich die Direktion Raimond und Sporek wieder, wie schon seit einer Reihe von Jahren, aufs Beste bewährt hat. Seiner Anerkennung für die Bemühungen der Direktion, immer tüchtige und originelle artistische Kräfte heranzuziehen, hat das Publikum auch durch stets gut besetzte Häuser den deutlichsten Ausdruck gegeben. Das derzeitige Programm enthält noch zum Schluß durchweg sehr unterhaltende und lebenswerte Nummern: Die beiden Redner Holton sind als Komiker und Turner gleich hervorragend, das Gesangs- und Tanzduo Soeurs Terpsichores zeichnet sich aus, Solos und Konzerte sind in gelungener Weise produziert worden. Ganz eigenartig wirkt der Konzertmeister Gialdini, durch sein wunderbar ausdrucksvolles Pfeifen bezaubert, wobei er vielen Beifall findet. Die Gendarmen, bestehend aus 10 Personen, unter Mitwirkung von drei Bomben, führt sich schon durch hübsche Ausstattung gut ein, und gewinnt dann noch beträchtlich durch die vortreffliche Ausführung akrobatischer Kunststücke (Harische Spiele), durch geschicktes Pyramidenstellen usw. Der süddeutsche Humorist Seppel Kauer trägt sehr wirksame Couplets vor u. ist zudem ein origineller Damentänzer. Einen großartigen Abschluß findet das Programm durch die komisch-akrobatische, von Mr. Booc u. Witz Paully dargestellte Pantomime „Der Soldat in der Küche“, bei

der das Publikum aus dem Lachen gar nicht herauskommt. Der Besuch dieser letzten Vorstellungsserie ist sehr zu empfehlen. o.c. Heidelberg, 23. April. Wie von zuverlässiger Seite berichtet wird, arbeitet Geh. Hofrat Professor Dr. Kuno Fischer gegenwärtig an seinen Remoiiren und diktiert täglich Abschnitte dieser Lebenserinnerungen.

Baden, 22. April. Der Gewerbeverein und Handwerker-Verein Baden-Baden hielt heute abend im Gartenlaale der Brauerei Meier eine gut besuchte Versammlung ab. Herr Inspektorensitzungs-Karlsruhe hielt einen Vortrag über das Thema „Handwerkerpolitik und Handwerkerbewegung“, welcher ein anschauliches Bild von den Verhältnissen des Handwerkes vom Mittelalter an bis auf den heutigen Tag gab. Die interessanten Ausführungen des Redners fanden reichen Beifall. Der Vorsitzende, Hoflieferant Müller sprach dem Redner den Dank der Versammlung aus und erstattete sodann noch Bericht über die außerordentliche General-Versammlung des Landesverbandes der badischen Gewerbe-Vereine in Offenburg. Nach Erledigung von Vereinsangelegenheiten wurde die Versammlung vom Vorsitzenden geschlossen. — Im nahen Steinbach begehrt am heutigen Tage der dortige Altbürgermeister Josef Dier die Feier seines neunzigsten Geburtstag. Im Jahre 1835 mußte er seiner Militärpflicht genügen und trat beim damaligen Leib-Infanterie-Regiment ein, aus welchem später das jetzige Leib-Grenadier-Regiment gebildet wurde. Dier ist deshalb wohl der älteste badische Leibgrenadier. Nachdem er sich im Jahre 1839 verheiratet, nahm er vielfach am öffentlichen Leben teil und wurde im Jahre 1845 zum Bürgermeister gewählt, welchen Posten er bis zum Jahre 1877 bekleidete. Dann wurde er im Jahre 1883 und im Jahre 1889 abermals zum Bürgermeister gewählt und verblieb im Amt bis zum Jahre 1891, um dann endgültig vom Amte zurückzutreten und sich ins Privatleben zurückzuziehen. Um seine Heimatgemeinde hat er sich vielfach verdient gemacht. Seine königliche Hoheit der Großherzog hat ihm schon vor Jahren eine kleine, dann die große goldene Verdienstmedaille verliehen. Der nunmehr neunzigjährige erfreut sich allgemeiner Beliebtheit und einer für sein Alter großer körperlicher und geistiger Frische. Wie es heißt, werden ihm heute durch Deputationen verschiedene Korporationen und Vereine die Glückwünsche überbracht werden.

Aus dem Biental, 23. April. Der Frauenverein Hausen veranstaltete als Schlußfeier eines Spinnkurses dieser Tage ein kleines Spinnfest. Herr Farrer Weierle hielt nach dem Vortrage eines Liedes durch den Kirchenchor eine Ansprache, in der er den Zweck des Spinnfestes hervorhob. An dem Wettspinnen beteiligten sich sieben Mädchen. Es kamen drei von Ihrer königlichen Hoheit der Großherzogin gestiftete Preise zur Verteilung. — Seit etwa acht Tagen stehen sämtliche Obstbäume in schönster Blüte, und weisen reichen Blütenanfang auf. Ein herrlicher Anblick bietet jetzt die Gegend von den Ausläufern des Schwarzwaldes bis zum Rheintal, an dem sich jeder Naturfreund erfreuen kann.

Kleine Nachrichten aus Baden. Die Einwohnerzahl Mannheims berechnete das Statistische Amt Ende Februar d. J. auf 151 517 Seelen. — Von einem Sandwagen überfahren wurde das 1 1/2 Jahre alte Kind des Küfers Linding in Heidelberg. Es dürfte kaum mit dem Leben davonkommen. — In Wagsfurt geriet der Fuhrmann Anselm Schmitt zwischen zwei Wagen. Dabei wurde er so schwer verletzt, daß alsbald der Tod eintrat. — Der unter dem Protektorat Seiner königlichen Hoheit des Großherzogs stehende badische Landes-Obstbauverein (e. V.) hält am Sonntag den 24. April in der Krone in Ettlingen seine diesjährige ordentliche Hauptversammlung ab.

Der Ausfall der Eisenbahngestellten in Ungarn.

(Telegramme.)

Budapest, 23. April. Von den abgelassenen Zügen verunglückten zwei. Von dem einen entgleiste die Lokomotive, bei dem anderen explodierte ein Zylinder der Lokomotive. Verunglückt ist niemand. Der Streik hat an Umfang zugenommen. Auch die Beamten der Provinzbetriebsdirektionen haben sich angeschlossen. Auch die Währung unter den Angestellten der Südbahn ist groß. Die Aussichten auf die Beilegung des Streikes erscheinen sehr gering, da die Ausständigen auf der ungefümmten Erfüllung ihrer Gesamtforderungen beharren. Die Abgeordneten Vörös und Barsonyi stellten ihre Vermittlertätigkeit ein.

Budapest, 23. April. Das Streikkomitee berichtet bis 2 Uhr nachts über sein weiteres Verhalten. Es beschloß, den Ausfall fortzusetzen.

Budapest, 23. April. Bis jetzt (12 Uhr 30 Minuten mittags) haben sich mehrere tausend Bewerber für den Eisenbahndienst bei der Direktion gemeldet. 500 neue Beamte wurden angenommen.

Wien, 23. April. Abgeordnetenhause. Die Verlesung des Einlaufs geschieht wörtlich. Darunter befindet sich ein sozialistischer Dringlichkeitsantrag betr. die Verwendung des Eisenbahnregiments infolge des ungarischen Eisenbahnstreiks.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

SRK, Berlin, 22. April. Die handelspolitischen Vorarbeiten zwischen Deutschland und Rumänien sind soweit gefördert, daß die mündlichen Verhandlungen demnächst beginnen werden.

Hamburg, 23. April. Das Zustandekommen einer internationalen Segelschiffreederei-Union ist nunmehr gesichert, da etwa 80 Prozent der in Frage kommenden englischen Segelschiffstonnage beigetreten sind.

Dresden, 23. April. Die Zweite Kammer nahm gestern das Gesetz betreffend den Staatshaushalt (Komptabilitätsgesetz) in der Hauptsache nach der Regierungsvorlage an. Durch das Gesetz wird dem Finanzminister insofern eine Sonderstellung gegenüber seinen Ministerkollegen eingeräumt, als er das Vetorecht gegen die Etatsentwürfe der übrigen Minister erhält. In § 1 ist eine Bestimmung eingefügt, daß der den Ständen vorzuliegende Staatshaushalt die Gegenzeichnung sämtlicher Minister tragen muß.

Essen a. d. Ruhr, 23. April. Bei der Firma Krupp liefen aus dem Auslande große Bestellungen auf Geschosse ein. Arbeiter werden fortwährend eingestellt.

München, 23. April. Die königlich bayerische Staatsregierung lehnte es bekanntlich im vorigen Jahre ab, auf Grund der sogenannten Fusionsbestimmungen die Pfalzbahnen am 1. Januar 1905 zu erwerben. Nunmehr trat dieselbe jedoch, verschiedenen Anregungen entsprechend, in Verhandlungen über den freihändigen Ankauf der Bahnen in der Weise ein, daß sie die Geneigtheit ausgesprochen hat, das Gesamtbestium der Pfalzbahnen am 1. Januar 1905 zu erwerben, der dem nach dem Stande von Mitte März 1904 sich berechnenden Kurswerten des gesamten Aktienkapitals entspricht. Ein dahingehender Vorschlag wird voraussichtlich demnächst die zur Vertretung der Pfalzbahnen-Aktiengesellschaften berufenen Organe beschäftigen.

Wien, 23. April. Ihre königlichen Hoheiten der Prinz und die Prinzessin von Wales sind heute früh nach Stuttgart abgereist. Seine Majestät der Kaiser hat sie selbst nach dem Bahnhof begleitet.

Paris, 23. April. Präsident Loubet ist heute morgen, begleitet vom Minister Delcassé, nach Italien abgereist.

Paris, 23. April. Von radikaler Seite wird berichtet, daß der Kriegsminister André entschlossen ist, in dem Ministerrat zu beantragen, daß der Oberst Marchand strafweise in Nichtaktivität versetzt werde.

Marseille, 23. April. Die Offiziere der Handelsmarine haben sich mit den Offizieren der Dampfer „Amphion“ und „Abagoli“, die infolge einer Klage des Syndikats der Handelsmatrosen gemahregelt worden waren, solidarisch erklärt, und beschloßen, insgesamt ihre Schiffe zu verlassen.

London, 23. April. Einer Meldung der „Times“ aus Montevideo zufolge steht General Sarabia gegenwärtig südlich vom Rio Negro. Die Aufständigen wurden bei dem Versuche, die Stadt Artigas zu nehmen, zurückgeschlagen.

London, 23. April. Das Unterhaus nahm mit 238 gegen 199 Stimmen die zweite Lesung der Vorlage an, wodurch das bestehende Recht bezüglich der Gewerbevereine in mehreren Punkten abgeändert wird, die zu gerichtlichen Entscheidungen zu Ungunsten der Gewerbevereine geführt haben. Seitens der Regierung wurde erklärt, daß sie die Entscheidung in der Frage dem Hause anheimstelle, ohne für oder gegen sie Stellung zu nehmen.

Konstantinopel, 22. April. Die Votschaster der Entente machten urgierten gestern die Entledigung der Finanzangelegenheiten für die macedonische Frage.

New-York, 23. April. Der Pariser Korrespondent der „Assoziiated Press“ meldet, er sei zu der Mitteilung ermächtigt, daß der Vertrag, durch den das Eigentum am Panamakanal auf die Vereinigten Staaten übertragen wird, unterzeichnet und den vertragsschließenden Parteien zugestellt worden sei.

Verschiedenes.

Berlin, 23. April. Den Abendblättern zufolge wurde Graf Büdler-Klein-Tschirne, der sich zwecks Haltung politischer Vorträge hier aufhielt, gestern wegen Nichterscheinens vor Gericht in Glogau verhaftet.

Berlin, 23. April. (Telegr.) Der Chefredakteur der „Woche“, Dohert, wurde von der Strafammer wegen Verrats militärischer Geheimnisse zu 7 Jahren Festungshaft verurteilt. Dohert hatte in der „Woche“ die Abbildung des neuen Abschlußgitters der Festung Metz gebracht und einige begleitende Worte hinzugefügt.

Königsberg i. Pr., 23. April. Donnerstag nachmittag entlud sich über Groß-Dirschheim, Kreis Fischhausen, ein heftiges Gewitter. Vier Menschen wurden vom Blitze getroffen und lebensgefährlich verletzt. Gleichzeitig wurden vier Pferde getötet.

Frankfurt a. M., 23. April. (Telegr.) Gestern abend 6 Uhr überfiel der 16jährige Buchdrucker Wilhelm Täger im Baumweg eine ältere Dame und herabte sie mit Gewalt ihres Geldtäschchens, welches eine größere Geldsumme enthielt. Der Täter wurde verhaftet.

Wetter am Freitag, den 22. April 1904. Swinemünde und Neufahrwasser ziemlich heiter; Hamburg, Aachen und Reg. trüb; München Gewitter mit Regen; Breslau und Chemnitz nachts Regen.

Wetternachrichten aus dem Süden vom 23. April 1904, vormittags 7 Uhr. Triest bedeckt 14 Grad; Nizza bedeckt 13 Grad; Florenz bedeckt 12 Grad; Rom Regen 13 Grad.

Wetterbericht des Zentralbureaus für Meteorologie u. Hydrometeorologie vom 23. April 1904.

Während barometrische Maxima über Rußland und westlich von den britischen Inseln lagern, wird Mittel- und Südeuropa von einem Gebiet niedrigen Druckes bedeckt, das mehrere flache Minima enthält. Das Wetter ist in Deutschland unbeständig oder trüb, regnerisch und sehr kühl. Eine wesentliche Änderung ist vorerst nicht zu erwarten.

Witterungsbeobachtungen der Meteorolog. Station Karlsruhe.

April	Barom. mm	Therm. in C.	Nebel. Anzahl in mm	Feuchtigkeit in mm	Wind	Witterung
22. Nachts 9 ⁰⁰ U.	749.1	9.7	7.1	79	W	bedeckt
23. Morgs. 7 ⁰⁰ U.	746.5	7.7	6.4	82	SW	"
23. Mittags 2 ⁰⁰ U.	746.8	8.5	7.6	92	"	"

*) Regen. Höchste Temperatur am 22. April: 12.0; niedrigste in der darauffolgenden Nacht 7.7. Niederschlagsmenge des 22. April: 0.0 mm.

Wasserstand des Rheins. Mainz, 23. April: 4.88 m, gefallen 4 cm.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Raß in Karlsruhe.

